

Telefon: 089/233 - 44137

Kreisverwaltungsreferat

Hauptabteilung I
Sicherheit und Ordnung,
Prävention
Allgemeine Gefahrenabwehr
KVR-I/222

**Neufassung
vom 02.07.2024**

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Umgriff Hauptbahnhof

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 12162

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 03.07.2024
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Wie in der gemeinsamen Sitzung des Kreisverwaltungsausschusses mit dem Mobilitätsausschuss, Sozialausschuss, Bildungsausschuss, Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft, Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung, Bauausschuss und dem Gesundheitsausschuss vom 02.07.2024.

Um dem Stadtrat erneut zu berichten, hat die Referentin erklärt, die Beschlussvollzugskontrolle aufzunehmen.

Aus ökologischen Gründen wurde auf den nochmaligen Druck der oben genannten Beschlussvorlage verzichtet.

Die Änderungen sind in **Fettschrift** dargestellt.

II. Antrag der Referentin

Der gemeinsame Ausschuss beschließt folgende Empfehlungen:

1. Folgende, zu den o.g. einzelnen Punkten vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen werden von den jeweils betroffenen Referaten zeitnah umgesetzt sowie in der nächsten Sitzung des Operativen Runden Tisches Hauptbahnhof nach Beendigung der Task force vorgestellt:
 - 1.1. Erweiterung Öffnungszeiten L 43: Die Öffnungszeiten des Kontaktladens L43 werden bei gleichzeitiger Ausweitung des Sicherheitsdienstes in Kürze erweitert. Die Anträge sind bereits durch Prop e.V. gestellt und bewilligt. Es werden keine zusätzlichen Maßnahmen beschlossen.
 - 1.2. Nußbaupark Konfliktanalyse: Die Erarbeitung eines Konzeptes durch AKIM für einen Aufenthaltsort im Nußbaupark, welches Sicherheits- und Nutzeraspekte berücksichtigt, wird begrüßt. Dieses Konzept wird in SAMI vorgestellt und behandelt. Es werden keine zusätzlichen Maßnahmen beschlossen.
 - 1.3. Aufenthaltsräume (Kontaktläden): Es wird beschlossen, die Situation weiterhin zu beobachten. Eine Dezentralisierung der Aufenthaltsräume führt auch zu wohnortnahen Angeboten und einer Reduzierung der Belastung des Hauptbahnhofes mit Angehörigen der Alkoholiker*innen- und Betäubungsmittelszene und dadurch zu einer besseren Verträglichkeit. Es werden keine zusätzlichen Maßnahmen beschlossen.
 - 1.4. Drogenkonsumraum: Es wird beschlossen, dass der Freistaat Bayern nochmals aufgefordert wird, die gesetzlichen Grundlagen für die Einrichtung von Drogenkonsumräumen zu schaffen. Der Oberbürgermeister wird daher erneut gebeten, sich dafür beim Freistaat Bayern einzusetzen. Darüber hinaus besteht zu diesem Punkt – zumindest derzeit – keine Möglichkeit, eine zusätzliche Maßnahme zu beschließen.
 - 1.5. Mobile ärztliche Versorgung: Die derzeitige mobile ärztliche Versorgung mit der Straßenambulanz und dem open.med-Projekt wird als ausreichend gesehen. Eine zusätzliche Hilfsmaßnahme wird nicht beschlossen.
 - 1.6. Image verbessern: Maßnahmen zur Imageverbesserung durch Infrastrukturverbesserung (auch vor dem Hintergrund von leerstehenden Gebäuden) und Begrünung werden als notwendig erachtet. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, das Baureferat, das Sozialreferat, das Kreisverwaltungsreferat und das Referat für Arbeit und Wirtschaft werden gebeten, sich sowohl im Handlungsraumkonzept wie auch durch Initiierung und Förderung von Zwischennutzungen für eine Belebung und Attraktivitätssteigerung einzusetzen. Das SiBa- Präventionskonzept sowie der SiBa- Werkzeugkasten werden dabei (wo sinnvoll) von den städtischen Fachstellen genutzt. Bei der Umsetzung dieses Punktes ist die Fachabteilung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung HA/ 5 „Öffentlichkeitsarbeit“ einzubinden.

- 1.7. Ausreichende Anzahl von Toiletten/ mehr Toiletten mit Spritzenabwurfmöglichkeit/ Zugänglichkeit für finanzschwache Personen: Das Sozialreferat wird gebeten, ein Konzept zu erstellen, welches die Verteilung von Jetons an Bedürftige zur kostenlosen Nutzung aller Toiletten mit Personal am Hauptbahnhof und Stachus vorsieht.

Außerdem soll in diesem Konzept dargestellt werden, wie die umliegende Gastronomie für das Angebot der „Netten Toilette“ bewegt werden kann. Die derzeitige Vorgehensweise des Baureferat mit Anbringung von Spritzenabwurfbehältern wird beibehalten. An problematischen Standorten erfolgt eine Prüfung baulicher Anpassungen zur Verbesserung der Situation. Die vom Gesundheitsreferat vorgeschlagenen Maßnahmen, wie vor allem Sprizentausch oder mobile Abfallbehälter, werden als zusätzliche Maßnahmen fortgeführt.

- 1.8. Taubenvergrämung/ Rattenplage/ Mäuseplage: Es wird beschlossen, dass die an der Online-Plattform „Mach München besser!“ – www.machmuenchenbesser.de – beteiligten Referate diese Meldemöglichkeit noch bekannter machen und das Baureferat in seinen Web-Auftritten explizit auch auf die Meldungsmöglichkeit von Futterausbringung hinweist. Das Kreisverwaltungsreferat wird die Strategie zu Einrichtung und Betrieb von Taubenhäusern in einem Beschlusssentwurf für den Kreisverwaltungsausschuss am 01.10.2024 vorstellen.
- 1.9. Weiterer Raum für soziale aufsuchende Arbeit und Entzerrung/ Dezentralisierung: Das Sozialreferat und das Gesundheitsreferat werden gebeten, die Situation laufend zu beobachten, um rechtzeitig einen Raumbedarf – auch in anderen Stadtteilen – zu erkennen und Angebote zu prüfen. Es besteht derzeit keine Veranlassung zusätzliche Hilfsangebote im Umgriff des Hauptbahnhofes zu beschließen.
- 1.10. Korbinian-Küche Konfliktmanagement: Es wird beschlossen, dass der Standort der Korbinian-Küche erhalten bleiben soll, jedoch wird die Situation im Sinne der Anwohnenden weiterhin im ORT Hbf. beobachtet.
- 1.11. Erlebbares Wasser: Die Umsetzung des Konzepts „Erlebbares Wasser“ wird befürwortet und unterstützt. Dabei müssen jedoch der Standort und die dortige vorwiegende Nutzergruppe und damit einhergehende Risiken berücksichtigt werden. Auf „Sprühnebel“ ist jedoch wegen des dadurch entstehenden Gesundheitsgefährdungspotential zu verzichten. Die Einrichtung von 100 Trinkbrunnen – darunter auch am Hauptbahnhof und am Stachus - wird begrüßt. Das Baureferat wird gebeten das Konzept an diesen Orten möglichst zeitnah umzusetzen.
- 1.12. Vereinsarbeit stärken; Quartiersmanagement: Die Zusammenarbeit von Handlungsraummanagement Innenstadt und dem Verein Südliches Bahnhofsviertel e.V., sowie weiterer Akteur*innen im Handlungsraum Innenstadt wird im Rahmen der Fortschreibung des Innenstadtkonzeptes als Maßnahme mit aufgenommen. Die Einrichtung eines Quartiersmanagements durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird befürwortet. Die Möglichkeit der Installation des Quartiersmanagements im Umgriff des Hauptbahnhofs wird im Rahmen der Fortschreibung des Innenstadtkonzeptes referatsübergreifend geprüft.

- 1.13. Spaziergänge/ Nachtwanderung mit Polizei und sozialen Einrichtungen sowie Angebot zu Nachtspaziergang durch Baureferat im Viertel: Die derzeit stattfindenden Treffen von Verwaltung, Lokalpolitik und ggf. engagierten Bürgern*innen sind wichtig und ausreichend. Es wird beschlossen, dass bei der Einladung zu den Terminen auch absehbar tangierte Fachstellen zu den Spaziergängen hinzuzuziehen sind und über die Spaziergänge im ORT Hbf. durch das Baureferat berichtet wird.
- 1.14. Flex-Teams: Derzeit werden keine zusätzlichen Maßnahmen zur Konfliktbearbeitung vor Ort zu beschließen.
- 1.15. Kommunaler Außendienst (KAD) Präsenz/ Erweiterung: Der inhaltliche und räumliche Aufgabenbereich des KAD wird vom Kreisverwaltungsreferat fortlaufend evaluiert. Es wird beschlossen, dass bei Notwendigkeit einer Bedarfsanpassung dies dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht wird.
- 1.16. Verschmutzung/ Müll: Auf die Bedeutung eines ausreichenden Angebots an Toiletten wird hingewiesen. Die an der Online-Plattform „Mach München besser!“ – www.mach-muenchenbesser.de – beteiligten Referate werden gebeten, diese Meldemöglichkeit noch bekannter zu machen.
- 1.17. Hinterhöfe/ Garagen/ Drogenkonsum: Das KVR wird beauftragt, durch ein Informationsschreiben die betroffenen Hauseigentümer*innen wegen Verbesserungsmaßnahmen anzuschreiben. Das Planungsreferat wird gebeten, konkrete kriminalpräventive Bauweisen in Form einer Gestaltung der Bauräume im Innenstadtkonzept aufzunehmen.
- 1.18. Taxistände/ Speicherplätze für weitere Taxen/ Fahrradabstellplätze: Das Mobilitätsreferat wird gebeten, die Situation bezüglich Taxistände und Fahrradabstellplätze in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof weiterhin intensiv zu beobachten, um flexibel auf neue Baumaßnahmen reagieren zu können. Mobilitätsreferat und Baureferat werden gebeten, im ORT Hbf. regelmäßig über die aktuelle Situation zu berichten. Soweit möglich, werden weitere Taxistellplätze eingerichtet. Fahrradstellplätze müssen übersichtlich gestaltet werden und für Nutzer*innen sichtbar ausgewiesen werden.
- 1.19. Karl-Stützel-Platz: Der Runde Tisch Luisengymnasium wird gebeten, Möglichkeiten der Aufwertung des Karl-Stützel-Platzes weiter zu verfolgen und etwaige Planungen im ORT Hbf. vorzustellen.
- 1.20. Ampelschaltung am Luisengymnasium und Tempo 30 in der Luisenstraße: Es besteht derzeit keine Möglichkeit bei der Ampelschaltung am Luisengymnasium und bei Tempo 30 in der Luisenstraße über die o.g. Aspekte hinaus zusätzliche Maßnahmen zu beschließen.
- 1.21. Alter Botanischer Garten (ABG): Es ist keine zusätzliche Reinigung im ABG erforderlich. Es wird beschlossen, dass der KAD dort weiterhin sichtbare Präsenz zeigt. Am ORT Hbf. wird weiterhin die Situation im ABG beobachtet und Ideen entwickelt, wie sich der ABG in Abstimmung mit dem FS Bayern und unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes „bespielen“ lassen könnte, Dabei wird der Runde Tisch Luisengymnasium einbezogen.

- 1.22. Interkulturelle Schulungen und Antidiskriminierungs-Schulungen: Es besteht kein zusätzlicher Bedarf an interkulturellen Schulungen und Antidiskriminierungs-Schulungen bei KAD und PPM. Es werden keine zusätzlichen Maßnahmen beschlossen.
 - 1.23. Sicherheit und die soziale Arbeit in den Katakomben: Da kein Zugang mehr besteht, gibt es keine Veranlassung, bezüglich der Katakomben zusätzliche Maßnahmen zu beschließen.
 - 1.24. Durchführung einer Studie zur Eruiierung, welche Rolle geschlechter-, kulturell- und diversitätsspezifische Hintergründe bei der individuellen Suchtproblematik einnehmen: Es besteht derzeit keine Veranlassung, die Beantragung von Mitteln für eine Studie zur Eruiierung, welche Rolle geschlechter-, kulturell- und diversitätsspezifische Hintergründe bei der individuellen Suchtproblematik einnehmen, zu beschließen.
 - 1.25. Längere Öffnungszeiten D3: Es besteht derzeit keine Veranlassung zu beschließen, dass für das D3 längere Öffnungszeiten angeboten werden.
 - 1.26. Erhöhung des Gesundheitsfonds: Es besteht derzeit keine Veranlassung die Erhöhung des Budgets des Gesundheitsfonds zu beschließen.
 - 1.27. Bessere Beleuchtung an „dunklen Stellen“ und Beleuchtung ABG: Es besteht derzeit keine Veranlassung zusätzliche Maßnahmen bezüglich „besserer“ Beleuchtung im Bahnhofsviertel und im ABG zu beschließen.
 - 1.28. Analyse Beschaffungsprostitution: Es wird beschlossen, dass die aktuellen Probleme und Aspekte bezüglich der Prostitution weiterhin in die aktiven Fachgremien Arbeitskreis und Runder Tisch Prostitution eingebracht werden. Eine „Analyse Beschaffungsprostitution“ wird derzeit nicht als notwendig angesehen.
 - 1.29. Infozentrum Migration und Arbeit: Die weitere Förderung des Infozentrums Migration und Arbeit ist bereits beschlossen. Dieser Punkt ist somit bereits behandelt und beantwortet.
2. Es wird beschlossen, dass der Operative Runde Tisch Hauptbahnhof als Institution bestehen bleibt und sich einmal pro Jahr (bei Bedarf auch öfters) trifft, um die Umsetzung der entwickelten Maßnahmen zu evaluieren und gegebenenfalls neue Probleme zu erkennen und dafür Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln und sich darüber auszutauschen. Ebenso werden ggf. offene Aufträge der Task force dort weitergeführt.
 3. Es wird beschlossen, dass es das langfristige Ziel ist, ein Quartiersmanagement für das Bahnhofsviertel einzurichten, welches sich mit ausreichender finanzieller und personeller Ausstattung mit den Problemlagen dieses sich stetig im Wandel befindlichen Viertel im Umgriff des Hauptbahnhofs befasst, aktiv Lösungen entwickeln kann und dafür auch die Koordination übernimmt. Wenn das Quartiermanagement sich etabliert hat und funktioniert, werden auch die Aufgaben des ORT Hbf. mitübernommen.
 4. Der Beschluss unterliegt **nicht** der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss
nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister/in

Dr. Sammüller-Gradl
Berufsmäßige Stadträtin

IV. Abdruck von I. mit II.
über das Direktorium D-II-V / Stadtratsprotokolle
an das Direktorium – Dokumentationsstelle (3 x)
Revisionsamt
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

V. WV bei Kreisverwaltungsreferat BdR-Beschlusswesen
zu IV.

Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

1. an das Mobilitätsreferat
2. an das Sozialreferat
3. an das Referat für Bildung und Sport
4. an das Referat für Arbeit und Wirtschaft
5. an das Referat für Stadtplanung und Bauordnung
6. an das Baureferat
7. an das Gesundheitsreferat
8. an die Gleichstellungsstelle für Frauen
9. an den Migrationsbeirat
10. an die Fachstelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit
11. an das Kreisverwaltungsreferat – HA I/L
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

12. Zurück mit Vorgang an Kreisverwaltungsreferat – HA I/222
zur weiteren Veranlassung.

Am

Kreisverwaltungsreferat – BdR-Beschlusswesen